

Regelgeschwindigkeit Tempo 30 als Mittel der Pandemiebekämpfung: Mehr RadfahrerInnen auf die Straße = Mehr Abstand für Menschen in Bussen und Bahnen

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher,
sehr geehrter Herr Verkehrsminister Andreas Scheuer,
sehr geehrter Herr Innensenator Andy Grote
sehr geehrter Herr Verkehrssenator Dr. Anjes Tjarks,
sehr geehrte Frau Vorsitzende des Bezirksamts Altona Dr. Stephanie von Berg,
sehr geehrter Herr Tim Schmuckall, Vorsitzender des Verkehrsausschusses Altona

wenn demnächst hoffentlich die Corona-Maßnahmen gelockert werden, wird die Pandemie noch nicht beendet sein. Viele Menschen werden weiterhin den ÖPNV aus Angst vor Ansteckung meiden. Sie steigen dann in das Auto oder auf das Rad.

Gleichzeitig ruft die Bundesregierung dazu auf, "auf nicht-notwendige Fahrten im ÖPNV" zu verzichten, und Jens Spahn (CDU) rät, lieber das Rad statt Bus oder Bahn zu nutzen. Die Menschen in Deutschland haben darauf reagiert. Sie kauften soviel Räder wie noch nie, in den Städten stieg die Zahl der RadfahrerInnen in den Sommermonaten wie nie zuvor.

Der Vorschlag Spahns, Rad zu fahren, ist nicht nur Gesundheitsvorsorge des einzelnen, sondern eigentlich auch eine zutiefst soziale, fürsorgliche Maßnahme. Es gibt Menschen, die sich kein Auto leisten können oder deren Arbeitswege zu lang ist, um mit dem Rad zu fahren. **Den geringsten Abstand in dieser Pandemie haben ärmere Menschen zu ertragen und sie machen die häufigsten Fahrten im ÖPNV.** Wenn mit einer Lockerung zunehmend mehr SchülerInnen in die Busse steigen, wird sich die Situation für die weniger Begüterten noch mal verschärfen. Gleichzeitig gibt es ein Ungleichgewicht bei der Sicherheit im Straßenverkehr: AutofahrerInnen sind sicherer unterwegs als RadfahrerInnen.

Die Bürgerinitiative OTTENSER GESTALTEN (OG) schlägt deshalb vor, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit einzuführen. Die großen Magistralen oder Hauptstraßen blieben davon ausgenommen, wenn es notwendig wäre, aber Tempo 50 (oder sogar 60) wäre dann die Ausnahme, nicht mehr die Regel.

Tempo 30 ist kein Allheilmittel, aber wir erhoffen uns von der Sofortmaßnahme, dass nicht nur noch mehr Menschen als bisher das Rad nutzen, sondern dass sich auch unsichere Menschen etwas sicherer fühlen und ebenfalls häufiger auf's Rad steigen.

Die OG wird in einem ersten Schritt Tempo 30 für bestimmte Straßen bei dem Bezirk Altona in einer Eingabe vorschlagen. Wir haben diesen Weg, möglichst viele Verantwortliche anzusprechen, gewählt, weil gerade die Hamburger Verkehrspolitik undurchschaubar, voller Fallstricke und Tücken ist. Aber wüssten selbst PolitikerInnen gleich Bescheid? Wir bezweifeln das.

Für Bezirksstraßen, Bezirksstraßen mit gesamtstädtischer Bedeutung, Haupt- und Bundesstraßen gibt es die unterschiedlichsten Zuständigkeiten und Ansprechpartner: Behörde für Verkehr und Mobilität, Innenbehörde (Polizei) oder Bezirk. Wenn es dann

noch um Tempo 30 geht, wird erklärt, dass das bestehende Gesetz eine schnelle Änderung nicht zulässt. Gesetzesänderungen in diese Richtung werden vom Bundesverkehrsministerium unter Andreas Scheuer nach wie vor blockiert. Der gleiche Verkehrsminister, der schon härtere Bußgelder für Tempoüberschreitungen verhindert - und auf diese Weise RadfahrerInnen auf der Straße hätte schützen können.

Kurz: Die Zuständigkeiten und der gesetzliche Rahmen reichen vom Bezirk bis in das Bundesverkehrsministerium. Für die Normal-BürgerInnen ist das kaum noch zu durchschauen.

Wenn PolitikerInnen, die sicher mit der Limousine durch den Verkehr und die Pandemie kommen, die BürgerInnen dazu aufrufen, mit dem Rad zu fahren, um Ansteckung im ÖPNV zu vermeiden, aber gleichzeitig nichts oder zu wenig tun, um für möglichst allen Menschen die größtmögliche Sicherheit im Straßenverkehr und vor Ansteckung im ÖPNV zu sichern, wirken Aufrufe wie von der Bundesregierung schnell zynisch und abgehoben.

Die Idee von Herrn Spahn ist gut, aber helfen sie den BürgerInnen auch, sie umzusetzen. Wir sehen die Bundesregierung mit Verkehrsminister Andreas Scheuer, den Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher, den Verkehrssenator Anjes Tjarks und den Innensenator Andy Grote als allererste in der Pflicht, politisch verantwortungsbewusst und zügig zu handeln. Immerhin sind sie die Exekutive, die in der Pandemie das Heft in der Hand hält.

Da die Veränderung wegen der komplizierten rechtlichen Lage aber von „ganz oben“ als Gesetzesänderung ausgehen muss, sich die Exekutive bisher jedoch mutigen, anpackenden Entscheidungen verweigert, wenden wir uns auch mit einer Petition an den Bundestag als die eigentliche Vertretung des Souveräns, also der WählerInnen.

Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit zur Bekämpfung der Pandemie! Handeln Sie jetzt!

Ihre Antworten werden auf unserer Homepage und in unserer Informationskanälen veröffentlicht.

OTTENSER GESTALTEN
Februar 2021